



ver.di-Betriebsgruppe
an der Technischen Universität in Berlin



BerlHG Novelle



ver.di-Betriebsgruppe
an der Technischen Universität in Berlin



Aktueller Stand

- bisher vier (fach)öffentliche Diskussionsrunden im Abgeordnetenhaus mit den wissenschaftspolitischen Sprechern und Arbeitsgemeinschaften der Koalitionsparteien
- Positionspapier
- Plan: Erstellung eines Gesetzentwurfes durch Senatskanzlei (Zeitplan?)



ver.di-Betriebsgruppe
an der Technischen Universität in Berlin



Positionspapier r2g vom 20.06.

- **I. Abstimmung zwischen Land & Hochschulen weiterentwickeln**
 - Festlegung Laufzeit Hochschulverträge auf min. 4 Jahre
 - Beratung von „Hochschulstruktur- und -entwicklungsplanung“ in der akademischen Selbstverwaltung der Hochschulen min. 1 Jahr vor Beginn der Vertragsverhandlungen
 - Festlegung von Meilensteinen/Zwischenzielen in den Hochschulverträgen
-> Halbzeitbilanz statt jährlicher Berichte



Positionspapier r2g vom 20.06.

- **II. Gute Arbeit an unseren Hochschulen und eine nachhaltige Personalstruktur (1/4)**
 - „Neujustierung“ der Aufgabenbeschreibungen im Gesetz
 - Berücksichtigung des Wissenschaftsmanagements
 - neue selbständig wissenschaftlich arbeitenden Dauerstellenkategorie im Mittelbau für PostDocs
 - „Stärkung kollektiver Leitungs- und Entscheidungsstrukturen“
 - Ziel: personelle Abhängigkeiten an Instituten und Fachbereichen aufbrechen und für Dauerstellen im Mittelbau eigenständige Forschung ermöglichen



ver.di-Betriebsgruppe
an der Technischen Universität in Berlin



Positionspapier r2g vom 20.06.

- **II. Gute Arbeit an unseren Hochschulen und eine nachhaltige Personalstruktur (2/4)**
 - Juniorprofessuren sollen gestärkt werden, Verbindung mit Tenure-Track soll dabei die Regel werden
 - Personalentwicklung ist Kernaufgabe der Hochschulen und soll gesetzlich oder als ständiger Bestandteil der Hochschulverträge festgeschrieben werden
 - kein Outsourcing!
 - „Dauerstellen für Daueraufgaben“ auch für **wissenschaftsunterstützendes Personal**
 - neuer Name für „Sonstige Mitarbeiter“ soll gefunden werden



ver.di-Betriebsgruppe
an der Technischen Universität in Berlin



Positionspapier r2g vom 20.06.

- **II. Gute Arbeit an unseren Hochschulen und eine nachhaltige Personalstruktur (3/4)**
 - spezifischer Einsatz von Lehraufträgen um externes Wissen und Praxiserfahrung einbringen, aber nicht „um Löcher in der grundständigen Lehre zu stopfen“ -> bessere Abgrenzung und Schärfung der Funktion von Lehraufträgen
 - Ermöglichung von Modellen der Drittmittelforschung auf Dauerstellen z. B. durch „rolling contracts“
 - klare Kriterien für Qualifikationsziele bei Befristung,
 - keine sachgrundlose Befristung



ver.di-Betriebsgruppe
an der Technischen Universität in Berlin



Positionspapier r2g vom 20.06.

- **II. Gute Arbeit an unseren Hochschulen und eine nachhaltige Personalstruktur (4/4)**
 - Promotion: „Trennung von Betreuung, Begutachtung und arbeitsrechtlicher Weisungsbefugnis durch betreuende Personen.“
 - Umsetzung durch zentrale Strukturen mit überfachlichen Weiterbildungsangeboten und Ombudsstellen
 - Promotionsrecht auch für Fachhochschulen bei entsprechendem Forschungsumfeld oder wenn kein Angebot an Universitäten



ver.di-Betriebsgruppe
an der Technischen Universität in Berlin



Positionspapier r2g vom 20.06.

- **III. Selbstbestimmung, Flexibilität und Mobilität im Studium gewährleisten und den Studienerfolg sichern (1/2)**
 - berlinweite Mobilität stärken (hochschulübergreifendes Studium ermöglichen/Nebenhörerschaft)
 - Möglichkeit des Teilzeitstudium stärken
 - eigenes Tempo bei Studium soll möglich sein:
 - keine verpflichtende Beratung bei Überschreitung der Regelstudienzeit
 - keine Zwangsexmatrikulation



ver.di-Betriebsgruppe
an der Technischen Universität in Berlin



Positionspapier r2g vom 20.06.

- **III. Selbstbestimmung, Flexibilität und Mobilität im Studium gewährleisten und den Studienerfolg sichern (2/2)**
 - mehr Partizipation in Gremien zur Lehre zur Verbesserung der Qualitätssicherung
 - LSK soll gesetzliche Regelkommissionen werden
 - Votum soll nicht mehr übergangen werden können
 - kein einbringen von Studienordnungen in den AS ohne Zustimmung
 - Orientierungsstudium soll gestärkt werden
 - Übergang von Bachelor zu Master verbessern
 - Zugang zu Master an Universität auch mit FH Bachelor



Positionspapier r2g vom 20.06.

- **IV. Bewährtes sichern - neue Spielräume eröffnen – Partizipation verbessern**
 - zukünftig keine gesetzliche Festlegung der Gremienstruktur mehr, Streichung der Erprobungsklausel!
 - aber: Definition von Mindeststandards
 - Gremienkonstruktion wird in Grundordnung festgelegt die in einem von alle Mitgliedergruppen besetzten Gremium (Zusammensetzung wird noch diskutiert) beschlossen und von Senatsverwaltung genehmigt
 - Zuständigkeiten und Aufgaben der gewählten Gremien und Kommissionen dürfen nicht an Leitungen verschoben werden
 - Jedes Gremium wählt sich einen Vorsitz und tagt in der Regel öffentlich
 - Haushaltspläne sowie die Einführung oder die Beendigung von Studiengängen sollen in direkt gewählten Gremien beschlossen werden



ver.di-Betriebsgruppe
an der Technischen Universität in Berlin



Positionspapier r2g vom 20.06.

- **V. Diskriminierungsfreiheit und Diversität an den Hochschulen**
 - Förderung von Demokratie und Diversität durch Kommissionen oder Beauftragte
 - um Gleichstellung, Antidiskriminierung zu stärken sollen neben der Frauenbeauftragten weitere Strukturen geschaffen werden
 - „Der Umfang und die Komplexität der Themen kann keinesfalls durch eine Beauftragte allein abgedeckt werden.“
 - Diskriminierungsfreiheit umfasst auch die soziale Herkunft der Studierenden



ver.di-Betriebsgruppe
an der Technischen Universität in Berlin



Positionspapier r2g vom 20.06.

- **VI. Gesellschaftliche Bedeutung der Hochschulen verdeutlichen – Nachhaltige Entwicklung als eine Leitlinie verstärken**
 - Stärkung der Bedeutung von Nachhaltigkeit und Bildung für nachhaltige Entwicklung in den allgemeinen Aufgaben der Hochschulen und Studium, Lehre und Prüfungen sowie Forschung
 - Friedensbindung
 - mehr Transparenz bei Geldgebern
 - projektbezogene Angabe von Geheimhaltungsvereinbarungen oder Publikationsbeschränkungen
 - Veröffentlichung aller Forschungsergebnisse, die unter Nutzung öffentlich finanzierter Ressourcen entstanden sind